



Stellungnahme zum Antrag der FWG vom 25.09.2024

Antrag - Sperrung B 20 ab Gablerknoten in Richtung Piding

Die Verkehrsachsen B21 sowie die B20 sind für die Abwicklung des regionalen und überregionalen Verkehrs von enormer Bedeutung. Durch die Sperrung der B 20 in Richtung Piding würde dies eine Erhöhung der Verkehrsdichte und eine damit verbundene starke Zunahme des Abbiegeverkehrs am Walserberg in Richtung Autobahn nach sich ziehen. Da kein Abbiegestreifen zur Auffahrt auf die BAB vorhanden ist, würde dies zu Rückstaus in Richtung Bad Reichenhall und zu langen Wartezeiten führen. Des Weiteren wären dadurch Auffahr- und Abbiegeunfälle zu befürchten, die wiederum noch längere Staus verursachen würden. Überdies dürfte das erhöhte Verkehrsaufkommen die am Walserberg durchgeführten Grenzkontrollen erheblich beeinträchtigen.

Durch das Vorhandensein zweier Verkehrsrouten (B21 und B20), dient im Falle einer Überlastung einer Route die andere Route als „Puffer“ für einen gleichmäßigen Verkehrsfluss. Durch eine Sperrung gäbe es keine Ausweichmöglichkeiten mehr, die Wahrscheinlichkeit eines Verkehrskollaps würde sich deutlich erhöhen. Zudem müssten bei einer Komplettspernung in Richtung Piding jegliche Verkehrsarten über die Autobahn geführt werden. Langsam fahrende Fahrzeuge, wie z. B. Traktoren, Baufahrzeuge oder Radfahrer, würden auf die Autobahn umgeleitet werden. Dies ist nicht zulässig. Darüber hinaus könnten Probleme bei der rettungsdienstlichen Versorgung sowie bei der Nahversorgung oder Müllabfuhr entstehen.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs kann aufgrund der Wichtigkeit beider Verkehrsadern, auch im Gesamtblick auf die überörtliche Verkehrssituation, keine komplette oder einseitige Sperrung der Bundesstraße erfolgen.

Gem. § 45 Abs. 9 StVO dürfen Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in § 45 genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt. **Vorliegender Antrag rechtfertigt dies**, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsgüter anderer Verkehrsteilnehmer, **aus hiesiger Sicht nicht**.

Zu Prüfen wäre die Einrichtung von Hinweisschildern im Bereich Gablerknoten, mit Hinweis auf die Baustelle und eine Umfahrungsmöglichkeit über die BAB 8.



Antrag - Sperrung der Wisbacher Straße und Salzburger Straße für Durchgangsverkehr

Aus dem Antrag der FWG kann nicht entnommen werden, welches Schutzbedürfnis für die Bevölkerung hier verfolgt wird. Wird seitens der Antragsteller eine erhöhte Lärmbelastung, eine Zunahme von Verkehrsgefahren durch eine höhere Verkehrsdichte oder lediglich ein Verkehrsbehinderung durch „Schleichverkehr“ erwartet? Es liegen hier weder aktuellen Zahlen zur Verkehrsdichte, Immissionswerten noch andere Fakten vor, die eine derartige Prognose untermalen würden. Aus hiesiger Sicht wäre dies jedoch für eine objektive Beurteilung erforderlich. Sollten hier keine Daten vorliegen, wäre zumindest abzuwarten, ob sich die Verkehrssituation tatsächlich so nachteilig auf die innergemeindlichen Verkehrsbelastung auswirkt, wie dies befürchtet wird.

Als Beispiel für die Begründung Möglichkeit einer Durchfahrtssperre wurde ein Schreiben der Marktgemeinde Frasdorf angefügt. Dort ergeben sich regelmäßig Verkehrsprobleme bei Vollsperrungen der BAB 8. Eine Nachfrage bei der PI Prien ergab, dass die dortige Regelung lediglich die Neben- / Wohnstraßen und nicht für die Hauptdurchgangsstraße betrifft. Im 1:1 Vergleich zu dieser Regelung würde dies bedeuten, dass eine entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung nur dann in Kraft treten könnte, wenn die B21 einer Vollsperrung unterliegt oder durch Bauarbeiten derart belastet ist, dass dies einer Vollsperrung gleichkäme. Dies ist jedoch während der Bauphase des Kreisverkehrs nur an wenigen Tagen vorgesehen. Die rechtlichen Hürden für derartige Maßnahmen sind auch im Falle von Frasdorf sehr hoch, denn gem. § 45 Abs. 9 StVO dürfen Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in § 45 genannten Rechtsgüter **erheblich übersteigt**. In dem Antrag sind derartige Beeinträchtigungen nicht hinreichend begründet.

Aus genannten Gründen wird eine **pauschale Sperrung für den gesamten Bauzeitraum von hiesiger Seite abgelehnt**.

Gegebenenfalls wäre zu prüfen, ob eine verkehrsrechtliche Anordnung, z. B. „Z 260“ und „Anlieger frei“ (ZZ 1020-30), vorbereitet werden kann, die kurzfristig in Kraft gesetzt werden könnte, **sofern es akut zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen** innerhalb der Gemeinde Piding durch „Schleichverkehr“ käme. Die Verkehrsrechtliche Anordnung dürfte also nur kurzfristig bei Bedarf und zeitlich beschränkt in Kraft gesetzt werden.

Abschließend ist anzumerken, dass aufgrund der Nahtstellenproblematik zu den Anträgen das Landratsamt Berchtesgadener Land, das Staatliche Bauamt Traunstein sowie die Stadt Bad Reichenhall zu Antrag 1 gehört werden müssten.

Johann Lehmhofer

Polizeihauptkommissar